

Der grüne Verrat

Vielleicht wird Winfried Kretschmann, der erste grüne Ministerpräsident, zu einer tragischen Figur. Vielleicht wird er sogar zum Verfassungsfeind.

Ein Standpunkt von stern-Autor Arno Luik.

Es ist tatsächlich möglich, dass er, der baden-württembergische Ministerpräsident, der Recht und Gesetz so achtet und schätzt, zum Verfassungsfeind wird. Und die S-21-Gegner, die immer noch auf den Straßen Stuttgarts demonstrieren, zu den wahren Hütern der Ordnung werden. Und des Grundgesetzes. Eben verfassungskonform – anders als ihr Ministerpräsident. Sind das aberwitzige Gedanken?

So unglaublich das zunächst klingen mag, aber bei S 21 geht es um diese Fragen. Das Ringen um S 21 ist zu einem Lackmustest der Demokratie geworden. Kann eine kleine Kaste von Entscheidungsträgern machen, was sie will? Kann sie alle begründeten Bedenken wegwischen mit dem Satz: Verträge sind einzuhalten?

Es ist ja ein richtiger Satz: „Pacta sunt servanda“. Auf ihn hat auch Winfried Kretschmann in einem stern-Gespräch vor drei Wochen verwiesen: „Ich kann nicht ungeschehen machen, was meine Vorgänger beschlossen haben. Es sind Verträge da.“ Er habe „auf die Verfassung geschworen, und in ihr heißt es, die Exekutive ist an Recht und Gesetz gebunden“.

Recht und Gesetz. Das muss bei so einem Megaprojekt stimmen. Doch von Anfang an war S 21 eine Geschichte von Geheimniskrämerei und Schummelei gegenüber Bürgern und Abgeordneten. Kritische Studien wurden unter Verschluss gehalten, unliebsame Dossiers kassiert, es wurde mit geschönten Zahlen operiert. Die Abgeordneten wussten also gar nicht, worüber sie votierten – sie kannten die finanziellen Risiken und handwerklichen Gefahren des Projekts nicht. Wenn die Verträge aber unter Täuschung abgeschlossen wurden – sind sie dann noch gültig?

Schlimmer noch: So wie es aussieht, ist womöglich die Gesamtfinanzierung des Projekts verfassungswidrig. Das ist nicht abwegig. Die Verfassung verbietet eine sogenannte Mischfinanzierung von Bahnfernstrecken und Fernbahnhöfen. Das ist Aufgabe des Bundes, das Land darf nicht mitzahlen. Aber genau das, wie der stern schon im vergangenen Sommer aufzeigte, machte das Land: Der ehemalige Ministerpräsident Günther Oettinger, CDU, verführte den Bund mit einem kräftigen Griff in die Landeskasse, mit fast einer Milliarde Euro, sich für Stuttgart 21 einzusetzen.

Winfried Kretschmann hat einen Eid abgelegt. Er hat geschworen, „Verfassung und Recht zu wahren und zu verteidigen“. Ist es daher nicht seine Pflicht, die Rechtmäßigkeit der Verträge überprüfen zu lassen? Der Staatsrechtler Hans Meyer sprach jetzt in der „Süddeutschen Zeitung“ von „[schwäbischen Schweinereien](#)“ und einem Verhalten des Landes Baden-Württemberg in Sachen S 21 „im Stile der Mafia-Filme“. Die Finanzierung „verstößt gegen ein verfassungsrechtliches Verbot“. Und: „Die Rechtsordnung schreibt in einem solchen Fall die Nichtigkeit des Vertrags vor.“ Ähnlich sieht es Joachim Wieland, eine weitere Koryphäe des Verfassungsrechts. „Diese Nichtigkeit“, meinte er gegenüber dem Stern, müsse „allerdings gerichtlich festgestellt werden.“

Dass Kretschmann nun Ministerpräsident ist, verdankt er dem Widerstand gegen S 21. Seine Wähler erwarten, dass er kämpft, sich nicht vorführen lässt von seinem Juniorpartner, der SPD. Die möchte den Tiefbahnhof. Die hat durchgesetzt, dass der grüne Verkehrsminister bei der Anhörung des sogenannten Stresstests nicht mal mitreden durfte.

Was macht der Regierungschef aus seiner Richtlinienkompetenz? Kretschmann hält sich zurück. Kann er jetzt untätig zusehen, wie die Bahn Aufträge für S 21 vergibt, alles vorbereitet, um den Kopfbahnhof zu demontieren? Nicht mal innehält mit den Arbeiten bis zur geplanten Volksabstimmung?

Nach seiner Wahl sagte Kretschmann: „Vertrauen ist die kleinste Ressource der Politik. Und sie wächst nicht nach.“ Bei S 21 geht es nicht nur um einen Bahnhof. Es geht um das Wesen der Demokratie. Um die Frage, ob die Bedenken der Bürger noch ernst genommen werden, ob man noch wählen kann in der Hoffnung, Dinge zu verändern.

Gewählt wurde Kretschmann, weil ihm viele vertrauten, weil sie glaubten, was man heute noch auf seiner Website lesen kann: „Die Bahn muss wissen: Die Zahlungen des Landes sind verfassungswidrig, der Finanzierungsvertrag nichtig. Falls die Grünen (...) Regierungsverantwortung tragen, werden wir die Zahlungen sofort einstellen und bereits gezahlte Beiträge zurückverlangen. Mit uns wird es keine Fortsetzung des Verfassungsbruchs geben.“ Misst man den Ministerpräsidenten an seinen eigenen Worten, dann enttäuscht er nicht nur Vertrauen, er ist dann womöglich sogar das: ein Verfassungsfeind.

aus „Stern“ 36/2011 (1. September 2011) S. 104